

Der 4. Weg oder «Liechtenstein – ein Naturreservat für Treuhänder und Geschäftemacher?»

Das «Überparteiliche Bürgerkomitee für ein lebensfähiges Liechtenstein» wirbt mit grossen Inseraten und einer Broschüre für den sogenannten «4. Weg», was nichts anderes bedeutet, als ein Nein zum EWR auch wenn die Schweiz Ja sagt. Schlagworte sollen Panik machen, aber die Angst war noch selten eine gute Beraterin. Wichtig ist allerdings weniger, was dieses Komitee sagt, als was es verschweigt.

1) Ein Nein, auch wenn die Schweiz Ja sagt, bringt nicht nur die Industrie und das Gewerbe in grösste Gefahr. Viele Bürger/innen, die wie ich ihre Berufsausbildung in der Schweiz absolvieren konnten, verbindet mit der Schweiz nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine gefühlsmässige freundschaftliche oder sogar verwandtschaftliche Beziehung.

2) Demokratieverlust – Man braucht nicht oft Nachrichten zu hören, um festzustellen, dass die Demokratie gerade in wirtschaftlich schwachen Staaten am meisten gefährdet ist. Ein paar Superreiche haben dort die Fäden in der Hand, kaufen sich vielleicht sogar einen Diktator.

3) Separat-Vertrag mit der EG – Nachdem wir nur über die Schweiz ein Handelsabkommen mit der EG haben, bleiben wir am 1. Januar 1993 ohne Vertrag. Es ist naiv zu glauben, wir könnten bei Verhandlungen mit der EG unser Treuhänder/Steuerwesen völlig ungeschoren hinüberretten. Dazu gehen den Steuerbehörden in anderen europäischen Staaten zuviele Steuereinnahmen verloren.

4) Finanzplatz Liechtenstein – Luxemburg ist EG-Mitglied und gleichzeitig eines der grössten Finanzdienstleistungszentren der Welt. Das gleiche gilt für die Schweiz, trotz einer Quellensteuer von 35 Prozent. Politische Stabilität ist eben auch ein sehr wichtiger Faktor. Für gute Banken, Anwälte und Treuhänder ist immer Platz, sie erhalten zusätzlich die Möglichkeit, ihre Tätigkeit ebenfalls europaweit auszudehnen.

Es wäre allerdings auch an der Zeit, sich einmal die Kehrseite unseres Wohlstandes zu überlegen – wir helfen mit Steuergeldern aus anderen Ländern abzu ziehen und stürzen damit zum Teil andere Völker in Armut und Diktatur.

5) Übernahme aller zukünftigen EG-Vorschriften ohne Mitsprache – Jeder EWR-Vertragspartner hat ein Einzelvetorecht. Da Einstimmigkeit gefordert ist, haben wir als Kleinstaat im EWR mehr Mitsprachemöglichkeit als je zuvor.

6) Übernahme von 80 Prozent des EG-Rechtes – Im wirtschaftlichen Bereich ist dies für einen Exportstaat wie Liechtenstein sowieso längst Wirklichkeit. Mit diesem Satz wird auch unterstellt, dass nur schlechtes Recht zu uns hereinkäme. Dabei studieren wir seit Jahrzehnten intensiv das schweizerische, österreichische und europäische Recht bei der Gestaltung unserer Gesetze.

7) Brüsseler Zentralismus – EWR bedeutet «Europäischer Wirtschaftsraum» und nicht EG-Mitgliedschaft. Der Vertrag schreibt keine Mindestmitgliederzahl vor. Liechtenstein muss also der EG nicht

beitreten, auch wenn alle anderen EWR-Staaten dies tun sollten.

Es wird sicher unsere Aufgabe sein, zusammen mit anderen kleinen Staaten, unnötigen Zentralismus zu bekämpfen, da ist auch schon einiges in Bewegung. Aber bleiben wir realistisch, es wäre für die umliegenden Länder ein Leichtes, uns den Lebensnerv abzuklemmen, wenn ihnen unsere Isolationspolitik nicht mehr schmeckt.

8) Freier Personenverkehr – Im freien Personenverkehr haben wir eine Übergangs- und Anpassungsfrist mit einer realistischen Möglichkeit zur Verlängerung. Im weiteren können wir eine Schutzklausel beanspruchen. Der freie Personenverkehr öffnet aber auch viele Möglichkeiten für Liechtensteiner Bürgerinnen und Bürger. Vor allem die Jugend könnte es uns schon bald übelnehmen, wenn wir sie in einen goldenen Käfig einsperren. Sie würden bei Aus- und Weiterbildung nicht wie EWR-Ausländer, sondern wie Dritt-ausländer behandelt.

9) Bodenmarkt – Die meisten Böden sind in liechtensteinischen Händen und wurden in den letzten Jahren kaum gehandelt. Die Liechtensteiner haben es in der Hand, an wen sie ihre Böden verkaufen wollen.

10) Lohnniveau – Auch hier haben es die Arbeitgeber in der Hand ihre Solidarität zu beweisen. Im übrigen richtet sich das Lohnniveau auch nach den Lebenshaltungskosten, die ja für alle gleich wären.

Verschwiegen werden die Fortschritte – für die Wirtschaft, im Versicherungsrecht, im Arbeitsrecht (speziell für Frauen), im Umgang mit Nichtliechtensteiner (Familiennachzug), im Bereich Gleichberechtigung (für dieses Komitee offensichtlich überhaupt kein Thema) und die Friedenssicherung durch wirtschaftliche Verflechtung.

Bezeichnend für dieses Komitee ist auch, dass es so tut, als ob man die Umweltprobleme auf 160 Quadratkilometer lösen könnte und unterstellt, dass alles Erreichte zurückgenommen würde.

Der «4. Weg» (CH = Ja / FL = Nein) zwingt ganze Berufsgruppen zur Aufgabe oder in die Auswanderung. Diese wäre allerdings sehr schwierig, da für uns ja die Grenzen geschlossen wären. Zurück bliebe eine monokulturelle Gesellschaft von Finanzdienstleistern.

Vieles, was um uns herum vorgeht, gefällt mir auch nicht, aber es bleibt nur ein Weg, für die Schweiz und für Liechtenstein – die Ängste überwinden und Europa als Chance zu begreifen.

(Evelyne Bermann, Schaan)

Volksblatt

Mittwoch 2. Dezember 1992